

anonym

[...]

Einspruch zum Bebauungsplan Nr. 2109 (Appenzeller Str. Graubündener Str. Forst-Kasten-Allee) Sehr geehrte Damen und Herren,

im November 2015 wurden wir von der BVK unterrichtet, daß in dem Wohnviertel zusätzliche Wohnungen gebaut werden sollen. Dabei wurde uns zugesagt, daß die bestehenden Wohnungen erhalten und nicht umgebaut werden und die Mieter und Mieterinnen in ihren Wohnungen bleiben können. Daß diese Zusage -siehe Anlage- keinen Bestand mehr hat, zeigt die Tatsache, daß ein Wohnhaus abgerissen werden soll.

Von einem Anbau an das Gebäude „Graubündener Str. 107“ war damals nicht die Rede, nun sollen nach unseren bekannt gewordenen Informationen ca.30 Wohnungen angebaut werden. Damals war von ca. 440 zusätzlichen Wohnungen die Rede, nun sollen es 662 werden. Wie kann man da den Angaben der BVK noch vertrauen?

Zu dem geplanten Anbau an das Gebäude „Graubündener Str. 107“ ist folgendes zu bemerken:

Der Anbau soll an der Forst-Kasten-Allee erfolgen. Was hier genau geplant ist, konnten wir trotz mehrerer Nachfragen nicht erfahren, Auf dieser Seite des Gebäudes befinden sich jeweils die Küche der betroffenen Wohnungen mit Blick auf die Straße und dem gegenüberliegenden Landschaftsschutzgebiet. Der Anbau würde sämtliche Küchen in Dunkelkammern verwandeln.

Eine Küche ist ein Wohnraum, wobei sich uns die Frage stellt, ob dies baurechtlich möglich ist. In unserem Wohnhaus stehen mehrere Wohnungen seit längerer Zeit leer. In zwei dieser Wohnungen, die von der Verdunkelung der Küche betroffen sind, wurde nun die Mauer zwischen Küche und Wohnzimmer herausgerissen, die Küchenfenster - die sich ja in Richtung Anbau befinden, sollen lt. Angaben eines Bauarbeiters zugemauert werden. Es wirft sich also der Verdacht auf, daß hier, ohne daß eine endgültige Baugenehmigung vorliegt, vollendete Tatsachen zum Anbau geschaffen werden sollen. Hierzu ist noch zu bemerken, daß nicht nur die Verdunkelung der Küchen ein Problem wird, sondern auch keine ausreichende Belüftung der Küchen möglich ist und damit ein idealer Brutplatz für Schimmelpilze entsteht.

Neben dieser vorgenannten Problematik werfen sich für uns hinsichtlich des geplanten Anbaues noch weitere Fragen auf:

Nachdem es uns nicht möglich ist, trotz mehrerer Anfragen genaue Auskünfte über die Gestaltung des Anbaues zu erhalten, wird es uns unmöglich gemacht, einen zielgerechten Einspruch innerhalb der Einspruchsfrist einzulegen. Wir fragen uns, ob es rechtlich in Ordnung ist, uns die genauen Planungen zu verweigern und uns somit einen gezielten Einspruch zu erschweren.

Es wirft sich uns die Frage auf, ob es hinsichtlich des Brandschutzes erlaubt ist, daß bei nur einem Hauseingang so viele Wohnungen angebaut werden dürfen.

Auch wirft es die Frage auf, ob bei nur einem Aufzug der Bau so vieler neuer Wohnungen möglich ist.

Unser Müllhäuschen ist voll ausgelastet. Wie soll der entstehende Müll so vieler neuer Haushalte entsorgt werden?

Wir haben in unserem Viertel ein gutes Radwegenetz. Der Radverkehr in der Forst-Kasten-Allee wird in beiden Richtungen vor allem auf dem vorhandenen Radweg abgewickelt. Obwohl die Stadt München laufend den Ausbau von Radwegen propagiert, soll hier genau das Gegenteil geschehen, nämlich der Abbau des Radweges. Hinzu sollen auf der anderen Straßenseite im Landschaftsschutzgebiet (im Besitz der

Stadt) Schrägparkplätze entstehen - auch schöne Bäumen müssten hierzu gefällt werden.

Bei der Forst-Kasten-Allee handelt es sich im fraglichen Bereich um eine 30er Zone. Zu beachten ist, daß es sich hier um eine Durchgangsstraße nach Neuried handelt, die vor allem während der rush-hour stark belastet ist. Hinzu kommt der Busverkehr der Linie 166 sowie die Durchfahrt vieler Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Krankenfahrzeugen. Geschwindigkeitskontrollen konnten wir -wir wohnen ja gleich nebenan - bislang nicht feststellen, leider aber, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungen sehr sehr oft nicht eingehalten werden. Wenn nun der Radverkehr auf die normale Fahrbahn verlegt wird - der dann ja auf beiden Seiten der Straße erfolgen muß - entstehen, auch im Zusammenhang mit den Schrägparkplätzen, neue Unfallgefahren. Es würde sich hier also um ein von der Stadt gefördertes Unfallpotenzial handeln.

Unser Viertel wird momentan von ca. 2000 Menschen bewohnt. Der Bau der geplanten 662 neuen Wohnungen würde einen Zuwachs von ca. 1000 Menschen, also um 50% bedeuten. Dies bedeutet unter anderem, daß auch der Verkehr um diesen Prozentsatz wachsen wird. Dieser zusätzliche Verkehr ist nicht zu bewältigen, auch das Problem von Parkplätzen kann von mehrstöckigen Tiefgaragen (was für ein Wahnsinn!) nicht gelöst werden. Schon jetzt sind die Parkplätze knapp, dazu kommt, daß vor allen in der Graubündener Straße viele gewerbliche Fahrzeuge geparkt werden. Hinzu kommt, daß die U-Bahn jetzt schon - vor allem in den Hauptverkehrszeiten - ausgelastet ist. Wie soll also ein vernünftiges Verkehrskonzept aussehen, alles was bisher bekannt ist, ist vor allem Schönrederei, um die wahnsinnige Nachverdichtung zu beschönigen. Hinzu kommt, daß neben der Nachverdichtung in unserem Viertel in der Umgebung weitere Wohnneubauten geplant sind.

ei der letzten Informationsveranstaltung der BVK vor 2 Jahren wurde vor allem hervorgehoben, daß keine Verkehrsprobleme entstehen werden, weil durch die Anlage eines Quartierplatzes mit einem Lebensmittelmarkt und einem Radlershop der KFZ-Verkehr sehr eingeschränkt würde. Nun, es wirft sich die Frage auf, ob überhaupt ein Supermarkt wegen der fehlenden Parkplätze sich dorthin wagen würde. Zur Erinnerung: die Fa. Lidl ist seinerzeit u.a. deswegen weggezogen. Auch hier ist ein seltsames Wunschdenken der BVK zu erkennen.

Besonders hervorzuheben ist der Naturschutz, der hier mit Füßen getreten werden soll: knapp 200 Bäume müssten gefällt werden. Viele dieser Bäume sind Jahrzehnte alt und können nicht durch Anpflanzungen neuer kleinen Bäumchen ersetzt werden. Und der Schatten, den sie spenden, kann nicht durch den Bau von Hochhäusern ersetzt werden. Sieht so der von der Stadt propagierte Klima- und Naturschutz aus. Zusätzlich kommt hinzu, daß manche geschützte Vogelarten vertrieben würden!

Wir fordern die Stadt daher auf, dieses geplante Mammutprojekt nochmals genaustens zu überdenken. Eine Nachverdichtung in diesem Umfang würde jegliche Lebensqualität in unserem Viertel vernichten. Wir denken auch an den Verzicht der beiden geplanten Anbauten, die - wie oben angeführt - ein normales Leben in den an den geplanten Anbau grenzenden Wohnungen unmöglich machen würde. Und weiterhin: wie soll man jahrelang Baulärm, Staub, Dreck usw. ertragen, der ja auch gesundheitliche Schäden der hier lebenden Menschen zur Folge haben wird.

In diesem Zusammenhang wird man den Verdacht nicht los, daß die BVK ihre jahrelang hier wohnenden Mieter und Mieterinnen vertreiben will, um die so frei werdenden Wohnungen nach ihren Vorstellungen zu sanieren und dann teuer weiter vermieten zu können.

Mit freundlichen Grüßen.